Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Russlands und der Donaufürsten, für alle übrigen Staaten In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48 49; straße 56 57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Leyhsohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: für Russland 18 M., für's Inland 14 M. Inserate à Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48 49, sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56 57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 203. Berlin, Dienstag, den 23. April 1901. XXX. Jahrgang.

England und die Vizekönige am Yangtse.

(Von unserem Korrespondenten.)

ß **London**, 21. April.

Wir haben in letzter Zeit verschiedentlich auf eine von England ausgehende Bewegung hinzuweisen gehabt, die darauf abzielt, den reformfreundlichen Süden Chinas gegen den von Rußland beherrschten Norden, den Vizekönig von Nanking Liu-Kun-yi und den Vizekönig von Wuchang Tschang-Tschi-Tung gegen die chinesischen Unterhändler Li-Hung-Tschang und den Prinzen Ching auszuspielen. Wir haben gesehen, wie die südlichen Vizekönige ihren Rath und ihren Willen bei dem chinesischen Hofe durchsetzten, das Mandschurei-Abkommen, das ihm Rußland durch Li-Hung-Tschang aufdringen wollte, abzulehnen. Wenn diese Ablehnung, wie die Zukunft erst lehren muß, thatsächlich ein Erfolg war, so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die britische Diplomatie, die sich Liu-Kun-yis und Tschang-Tschi-Tungs für dessen Erlangung bediente, diesen errungen hat.

Der Pekinger Times-Korrespondent meldete denn auch in der That vor einigen Tagen, daß die britische Regierung dem Vizekönig Liu-Kun-Yi ein Dank- und Glückwunschschreiben zu diesem „Erfolge“ hat zugehen lassen, eine Meldung, die ebenso schnell hier dementirt wurde. Offenbar war dieses Schreiben von der Downing Street nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen, und die britische Regierung hat mit ihrem Dementi nach dem Grundsatz: „Si fecisti nega“ gehandelt. Sie war vermuthlich darüber erschreckt, daß diese Intimität zwischen ihr und den Vizekönigen zu früh an die Oeffentlichkeit kam und sowohl den Einfluß ihrer Klienten wie die Fiktion des Konzertes der Mächte in China gefährde. Das schließt aber nicht aus, daß die Beziehungen Englands zu den beiden reformfreundlichen Vizekönigen von England auf das Lebhafteste gepflegt werden, und daß selbst finanzielle Unterstützungen an Beide von England gewährt worden sein sollen.

Wir sind die Letzten, nicht anzuerkennen, wie die Bemühungen der beiden Vizekönige des Südens, der Boxerbewegung gegen den Süden einen Damm entgegenzusetzen und über Leben und Vermögen der Christen zu wachen, alles Lob verdienen. Sie haben damit der Sache der Civilisation einen großen Dienst erwiesen und den Beweis erbracht, daß sie selbst gegen eine solche nicht unempfänglich geblieben sind.

Die Frage bliebe nur eine offene, wie sich die reformfreundlichen Vizekönige die von ihnen beabsichtigten Reformen denken, und ob sie damit das Ideal treffen, das sich zum Beispiel England von diesen macht. Stellen sie sich diese Reformen auf absolut chinesischer Basis, das heißt unter Hervorkehrung des Nutzens, den sie China bringen, vor, so würden sie sich kaum mit den Anschauungen Englands begegnen, das, wie übrigens alle anderen Nationen auch, den Vortheil des eigenen Landes aus der Verzapfung der westlichen Civilisation sucht. Wir wollen uns klarer ausdrücken. England wünscht wahrscheinlich mehr Missionäre mit größeren Privilegien, mehr Geschäftsleute im Inneren Chinas, die den Chinesen Kauf und Verkauf „beibringen“, mehr Eröffnung von Häfen mit dem entsprechenden Küstenterrain, mehr Häfen im Inneren des Landes an den schiffbaren Flüssen zur Belebung des Handels, aber vor allem mehr Konzessionen auf Eisenbahnen, Bergwerke ꝛc., die mit fremdem Kapital und chinesischen Arbeitern geführt werden. Wir vermuthen, daß das Reformideal der Reformvizekönige diesem britischen nicht entspricht.

Es giebt zwei Möglichkeiten, entweder sind die Vizekönige loyale Chinesen, dann muß ihre Parole „China den Chinesen“ lauten, und alle ihre Reformen können nur auf den ausschließlichen Nutzen Chinas abzielen, oder sie sind dem Gelde zugängliche Individuen, Marionetten in den Händen der Engländer, dann sind sie unzuverlässig und im Stande, den Süden in ebenso große Wirrsal zu bringen, wie dies der habgierige, golddurstige Li-Hung-Tschang mit dem Norden fertig gebracht hat. Sie verdienen dann das Mißtrauen der im Süden besonders lebhaft kommerziell engagirten Nationen, namentlich auch Deutschlands, denn was nützt uns schließlich unser Yangtse-Abkommen mit England, wenn die Vizekönige den Handel in den reichen Niederungen dieses Flusses den Engländern ausliefern, und wir das Nachsehen haben! Dieses Abkommen ist doch nur unter der Voraussetzung einer „fair competition“ oder, um mich deutsch auszudrücken, eines loyalen Wettbewerbes geschlossen worden.

Wir gestehen ganz offen, daß uns diese einseitigen Verhandlungen Englands mit den Vizekönigen des Südens etwas ängstlich machen, da wir, offen gesagt, nicht an eine Selbstlosigkeit Englands gewöhnt sind, das den Reformvizekönigen kaum an die Hand gehen würde, um den Chinesen zu einer ausschließlich China Vortheil bringenden Civilisation zu verhelfen. Deutschland hat manche Opfer für das Yangtse-Abkommen gebracht, und das Publikum hat wohl ein Recht, zu fragen, welchen Endzweck diese englische Freundschaft mit den Vizekönigen hat, eine Freundschaft, die ziemlich weit geht, da die britische Regierung sich sagen muß, daß sie eines Tages für den Schutz ihrer Freunde einzutreten hat, falls sie nicht mehr das Ohr des chinesischen Hofes haben, sondern dieser, ganz im Gegentheil, nicht blos ihr Ohr, sondern ihren ganzen Kopf haben will. Es würde das deutsche Publikum sehr beruhigen, glauben wir, wenn es wüßte, in wieweit die Wilhelmstraße von diesen anglo-chinesischen Liebeleien unterrichtet ist, respektive welches Vertrauen sie zu den südchinesischen Vizekönigen hat. Es wird das um so mehr erforderlich sein, als man hier in gewissen Kreisen schon wieder anfängt, sich als absolute Herren des Yangtse-Thales zu geberden.

Doch wir wollen den Reformvizekönigen, ehe wir nicht absolut wissen, wohin ihre Reformbewegung gehen soll, nicht das Unrecht anthun, anzunehmen, daß sie nicht loyal gegen ihr eigenes Volk handeln wollten. Wir haben sogar zwischen den Zeilen zu lesen geglaubt, daß ihnen eine Reform nach japanischem Muster vorschwebt. Aber Japan war stets und ist ein unabhängiges Land, das keiner fremden Nation gestattet, von seinen Häfen Besitz zu ergreifen, oder das große Landstriche als Kompensation für kleine Beleidigungen gewährte, wie dies China zu thun gezwungen war, weil es ihm an den nöthigen Machtmitteln fehlte, deren Organisation heute die Kulturmächte im eigenen Interesse auf alle Weise zu verhindern suchen. Eine Reform mit dem Prinzip: „China den Chinesen!“ muß daher zu neuen Frktionen führen. Eine allzu große Vertrauensseligkeit Englands für die Reformvizekönige könnte unter solchen Umständen etwas sehr Bedenkliches haben.

Die „Times“ sagt in einem Artikel, in dem sie ein Füllhorn von Lob über die reformfreundlichen Vizekönige ausschüttet: „Wenn die von Tschang-Tschi-Tung und Liu-Kun-Yi vertretene Politik (welche?) durch die Absetzung oder Ungnade dieser scharfsichtigen und ehrenhaften Männer einen Echec erfahren sollte, so würden die britischen Interessen in China sowohl wie die Zukunft der Chinesen selbst schwer gefährdet werden.“ Sind die Reformvizekönige wirklich die „Keensighted and honest“ chinesischer Reformer, dann müssen auch die englischen Interessen, wie wir zu zeigen versuchten, leiden, sind sie es aber nur in den Augen der Engländer, wenn sie ihnen zu Diensten sind, dann glauben wir gern, daß ihre Entfernung aus dem Amte eine Enttäuschung für England sein würde. Die Wichtigkeit, die die Times für die Interessen Englands dem Verbleiben dieser beiden Männer im Amte beilegte, spricht ziemlich deutlich für die Absichten Englands in Südchina, und es bleibt eine offene Frage, ob Deutschland mit oder ohne den hervorragenden Einfluß Englands in Südchina mehr gewinnen würde.

Es bleibt noch eine Hoffnung, daß dieser Einfluß Englands selbst durch die Mächte durchkreuzt würde, die nicht wünschen können, daß sich zwei große Einflußsphären, die eine im Süden Chinas unter der Hegemonie Englands, die andere im Norden unter der Rußlands, bilden. Wie dieser Einflußausgleich unter den im fernen Osten interessirten Ländern aber eines Tages gegen einander abgewogen werden kann, das wissen die Götter. Wir fürchten, schließlich doch nur durch Zugreifen. „Dem Greifenden ist stets Fortuna hold.“

* * *

Graf Waldersees Bericht über das Brandunglück in Peking.

Generalfeldmarschall Graf Waldersee meldet am 20. April aus Peking:

Eingehendste Untersuchung schließt Brandstiftung im Winterpalast fast mit Sicherheit aus. Allen Anhaltspunkten nach hat sich das Feuer von einem eisernen, zum Wärmen von Speisen bestimmten Ofen in dem Anrichteraum neben meinem Speisezimmer auf die Papier- und Holzbekleidung der Wand trotz schützender Asbestplatte übertragen. General v. Schwarzhoff, bei Ausbruch des Brandes auf Spaziergange begriffen, kehrte erst infolge Aufgehens des Feuers in seine Wohnung zurück. Die Feststellungen legen den Schluß nahe, daß er infolge zu langen Verweilens in den großen, theils schon brennenden, von Rauch erfüllten Räumen in seinem Schreibzimmer bewußtlos zu Boden gesunken ist, unbemerkt von einem auch noch im Hause befindlichen Soldaten. Obwohl er sofort vermißt wurde, schloß rasende Schnelligkeit der Feuerausbreitung jede Möglichkeit einer Rettung aus. Vorläufige Beisetzung hat soeben in feierlicher Weise stattgefunden.

Zwei deutsche Reiter wurden in der Nähe von Paotingfu beim Herbeischaffen von Pferdefutter ermordet. Weiter wird gemeldet vom 22. April: Das Hauptquartier ist ohne jede Meldung über die chinesischen Nachrichten, daß Linkang sich gemäß der Befehle Lihungtschangs vor dem Anmarsch der Franzosen und Deutschen zurückzog. Die Verhandlungen schreiten befriedigend fort. Der Ausschuß für die Finanzfragen beendete seine Arbeiten und erwartet Weisungen der Regierungen. Die nächste Sitzung der Gesandten findet am Dienstag statt.

Der chinesische Gesandte in Washington Wutingfang arbeitet eine Denkschrift an die chinesische Regierung aus, in welcher er erklärt, es sei für China Zeit, den Plan einer konservativen Reform anzunehmen. Der Gesandte weist darauf hin, daß es Chinas Vortheil sein würde, den von den Mächten dringend empfohlenen Reformen nicht nur keinen Widerstand entgegenzusetzen, sondern sogar noch weiter zu gehen. Hinsichtlich der Errichtung eines Auswärtigen Amtes in Peking schlägt der Gesandte vor, es solle einem Beamten die Verantwortlichkeit für die Leitung der Angelegenheiten des Reiches übertragen werden. Der Gesandte hält es nicht für nothwendig, daß dieser Beamte ein Prinz von Geblüt ist.

---

* Wie wir erfahren, gab gestern die bayerische Regierung in **Berlin** die Erklärung ab, daß namentlich die **Erhöhung** des **Getreidezolles** einer längeren Prüfung bedarf. Sie müsse daher den neuen Zolltarif mit Sachverständigen berathen und wird **kaum vor Ende dieses Jahres** sich darüber äußern können.

Die Saccharinbesteuerung.

(Aus dem Reichstage.)

Eine Art Vorspiel zu den künftigen Zolltarifdebatten gab es am Montag im Reichstage. Das Saccharinsteuergesetz stand auf der Tagesordnung, und stellenweise boten die Erörterungen, die es hervorrief, einen Vorgeschmack der Wortfehden dar, die die Frage der Zollerhöhung später entfesseln wird. Ein Centrumsmann, der Abgeordnete Speck, war der erste Redner. Er trug den Mantel etwas nach dem Winde, wie das seine Partei in Zollfragen ja überhaupt gern thut. Gesundheitsschädlich, wie die Feinde des Saccharins glauben machen möchten, sei es nicht, auch die Behauptung, daß es den für die Volksgesundheit wichtigen Zuckerverbrauch beeinträchtige, könne vor der Statistik nicht bestehen. Solche Ausstreuungen seien Machenschaften des Zuckerkartells, das die Zuckerpreise unaufhörlich aufwärtstreibe. Trotz dieser Einsicht ist Herr Speck aber doch für die Vorlage, deshalb nämlich, weil die Saccharinsteuer nach seiner Ansicht das nothwendige Seitenstück zur Zuckersteuer ist. Aber auch dem Centrum, das an der Fassung des Gesetzes vieles auszusetzen hat, ist der Steuersatz — 80 Mark aufs Kilogramm! — denn doch zu hoch; nur einige Centrumsleute sind mit der hohen Besteuerung einverstanden, wollen dafür aber die Verkehrs- und Gebrauchsbeschränkungen für Saccharin beseitigt wissen. Herr Speck beantragte schließlich die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission.

Nach dem lauen kam ein enragirter Verfechter der Vorlage zum Wort: Graf Kanitz sieht in dem Saccharin den Todfeind der Zuckerindustrie, die ohnehin mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, er verglich das Saccharin, das er für gesundheitsschädlich ausgab, mit der Margarine, gegen deren „fraudulöse Konkurrenz“ man ja auch die Butter geschützt habe. Saccharin sollte nach seiner Meinung nur für medizinische Zwecke verwandt werden dürfen. Die 80 Mark Steuer aufs Kilogramm sind den Konservativen noch nicht genug, und auch den ebenso hohen Eingangszoll, den die Vorlage vorsieht, wollen sie noch erhöht wissen. Am besten wäre es, meinte der agrarische Sprecher, die Einfuhr ganz zu verbieten und die im Inlande bestehenden Saccharinfabrik zu verstaatlichen!

Der Sozialdemokrat Wurm hob in scharf zugespitzter Rede den agrarischen Charakter der Vorlage hervor. Er meinte, werde der Entwurf Gesetz, so sei das Zuckermonopol da, und der Zuckerwucher würde noch mehr überhandnehmen als schon heute. Dem sozialdemokratischen Redner trat Herr Paasche von den Nationalliberalen entgegen; er beutete hauptsächlich die Thatsache aus, daß der Abgeordnete Wurm früher einer noch höheren Saccharinsteuer das Wort geredet hat, um den betrügerischen Verkauf des Saccharins statt Zucker zu hintertreiben. Im Uebrigen betonte er den Mangel an Nährwerth, den das Saccharin gegenüber dem Zucker aufweise; auch er weiß noch nicht, ob er sich mit den 80 Mark Steuer zufrieden geben soll.

In dieselbe Kerbe hieb der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Thielmann, der sich weiterhin gegen eine Befristung des Gesetzes aussprach. Gegen alle diese Freunde des Entwurfes wandte sich, zum Theil mit denselben Argumenten wie Abgeordneter Wurm, der freisinnige Volksparteiler Eickhoff; er verwies auf die fast einstimmige Verurtheilung des Entwurfes seitens der Handelskammern und lehnte schließlich die Vorlage rundweg ab.

Dann erklärte noch einer der Bundeshäuptlinge, der Abgeordnete Röcke-Kaiserslautern, ganz offen, sein Ziel sei, wenn irgend möglich, die Saccharinindustrie zu beseitigen, da sie ein Surrogat erzeuge; er bereicherte unter anderem den parlamentarischen Sprachschatz mit der pathetischen Wendung, die Mütter dürften ihren Kindern nicht statt des Zuckerbrodes den Saccharinstein reichen.

Den Surrogathaß des Bundesführers glossirte der Abgeordnete Schrader von der freisinnigen Vereinigung sehr schlagfertig durch den Hinweis, daß der Rübenzucker, für den sich Herr Röcke so ins Zeug gelegt, ursprünglich doch auch nichts anderes gewesen sei als ein elendes Surrogat, nämlich für Rohrzucker. Der Redner wies auf die häßlichen Begleiterscheinungen hin, die das Inkrafttreten des Gesetzes zur Folge haben müßte, und erklärte schließlich, ebenso wie der Abgeordnete Eickhoff, seine Freunde lehnten die Vorlage von A bis Z ab.